



De Rude Pooz

Stadtteilzeitung der DKP Köln Innenstadt

Mai 2017

www.dkp-koeln.de

GAG-Mieterprotest in Zollstock

In Zollstock ist Bewohnern von GAG-Häusern die Miete erhöht worden. Die GAG gehört der Stadt. Mit Unterstützung der Initiative „Recht auf Stadt“ wandten sich Mieter wegen der Mieterhöhungen in einem Brief an Oberbürgermeisterin Henriette Reker.

Sie schrieben:

*Sehr geehrte Frau Reker,
wir sind MieterInnen der GAG in Zollstock. Wir stellen fest, daß die GAG die gegenwärtige Marktlage in Köln ausnutzt, um Mieten zu erhöhen, Mieter zu vergraulen und zum Wegzug zu veranlassen. Dazu verwendet sie Instrumente, die allzu gut von kommerziellen und privaten Immobilienunternehmen bekannt sind. Einerseits dienen der GAG mehr oder weniger oberflächliche Modernisierungen als Vorwand für überproportionierte Mietsteigerungen,*

zum anderen werden mit Hinweis auf den Mietspiegel, der just durch solche Modernisierungen samt folgender Mieterhöhungen gestiegen ist, höhere Mieten für auch für solche Wohnungen verlangt, die bislang von Modernisierungen verschont geblieben sind. Zitat aus einem Schreiben der GAG: „Das vorstehende Mieterhöhungsverlangen begründen wir damit,

Weitere Inhalte dieser Ausgabe:

- Korruptionsherd Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW
- Medienkonsum und Arbeitszeit
- Über Kunst und Kultur Teil 2
- Untersuchungsausschuss NSU zum Anschlag in Kölner Probsteigasse
- Das Weißbuch der Bundeswehr - Regierung rüstet zum Krieg

dass der verlangte Mietzins die üblichen Entgelte, die in Köln oder in vergleichbaren Gemeinden für nicht preisgebundenen Wohnraum vergleichbarer Art, Größe, Ausstattung, Beschaffenheit und Lage bezahlt werden, nicht übersteigt. Zum Nachweis hierfür nehmen wir Bezug zum Mietspiegel...“

Unterdessen wächst in Zollstocker Straßen die Zahl der Wohnungen mit GAG-Häusern, die an private Eigentümer oder Immobilienkonzerne verkauft sind.

Bekanntlich gehört die GAG der Stadt. Wir bitten Sie, Frau Reker, als Stadtoberhaupt, diese Beanstandungen zu prüfen, die Prüfergebnisse bekannt zu machen und dafür zu sorgen, dass dieses städtische Unternehmen sich in seiner Gier mäßigt. Wir erwarten, dass die GAG ihren sozialen Auftrag erfüllt und keine weiteren Mieter mehr vertreibt. Insbesondere muss gesichert werden, dass keine weiteren Wohnungen mehr privatisiert werden, sondern weiterhin im Eigentum der Stadt bleiben.

Mieterinnen und Mieter in Zollstock

Frau Reker ließ mit Datum vom 31. März antworten. Sie habe den Brief an das Finanzdezernat, an die Stadtkämmerin Klug, weitergeleitet. Diese werde Stellung nehmen. Die Mieter sollten etwas Geduld haben.

Die betroffenen Mieterinnen und Mieter der GAG treffen sich das nächste Mal am 10. Mai, 18.00 Uhr im Zollstocker Hof, Vorgebirgstraße 189. *Richard*

Korruptionsherd Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW

Untersuchungsausschuss zum BLB legt Schlussbericht vor

Hohe Grundstückspreise gelten als Grund für hohe Mieten. Es ist aber umgekehrt: Grundstückspreise bilden die Erwartungen an hohe Mieten ab – wo die nicht zu erreichen sind, sind auch die Grundstücke erschwinglich. Aber was ist mit den Grundstücken in der öffentlichen Hand? Könnte hier nicht Geschosswohnungsbau mit günstigen Mieten entstehen? Ja, das wäre so – wenn nicht die öffentliche Hand ebenfalls ihre Grundstücke mit dem Ziel hoher Erträge verwerten wollte. Die Verwaltung öffentlicher Liegenschaften erhält zunehmend Organisationsformen, die solche Verwertung zum Ziel haben.

So sind im Jahre 2000 die Liegenschaften des Landes NRW in einen selbstständigen Betrieb überführt worden. Dieser Bau- und Liegenschaftsbetrieb (BLB) NRW verfügt - Stand 2013 - über 4604 Gebäude, Mietflächen von insgesamt 10,5 Millionen Quadratmetern und ein Mietumsatz von 1,2 Milliarden Euro. Gesamtwert neun Milliarden Euro. Es ist das zweitgrößte europäische Immobilienunternehmen, das gemäß gesetzlichem Auftrag die Liegenschaften des Landes NRW nach kaufmännischen Grundsätzen zu entwickeln und zu verwerten hat. Bei derartiger Verwertung gerät der andere gesetzliche Auftrag, nämlich die Beachtung baupolitischer Ziele des Landes, etwa die Bereitstellung von günstigem Wohnraum schon mal aus dem

Auge.

Tatsächlich verdienten Grundstücksspekulanten viel Geld. Es entstanden dem Land NRW Schäden in dreistelliger Millionenhöhe. Als sich die Fälle häuften, richtete der Landtag einen Untersuchungsausschuss ein und konnte am 15. Februar den



Schlussbericht entgegennehmen. Zwei Tage zuvor war der vormalige Chef des BLB, Ferdinand Tiggemann, wegen Bestechlichkeit und Untreue zu sieben Jahren und sechs Monaten Haft verurteilt worden. Er hatte durch illegale Absprachen und Zwischenkäufe von Grundstücken die Kaufpreise in die Höhe getrieben.

In der Liste der untersuchten Fälle findet sich das Gelände der ehemaligen Dombrauerei an der Alteburgerstraße. Hier machten die Grundstücksentwickler Göttsch und Bauwens-Adenauer innerhalb von acht Wochen 25 Millionen Euro Gewinn, als sie das Gelände dem BLB für 87 Mio Euro verkaufen konnten. Beim Erweiterungsbau des Polizeipräsidiums Köln-Kalk hat vor allem die Kölner GSE Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH unter Führung desselben Herrn Göttsch sehr viel Geld verdient, mindes-

tens aber 3,3 Mio Euro an angeblich entgangenen Gewinnen. Der WDR hatte den Schaden dort sogar auf 55 Millionen Euro beziffert.

Medienkonsum und Arbeitszeit

Der Deutsche ab 14 Jahre sieht pro Tag 228 Minuten fern. 1988 waren es noch 144 Minuten. 1997 schon 183. Im Jahr 2000 lag der Fernsehkonsum bei 190 Minuten, 2015 bei 223 Minuten.

Mittlerweile sinkt der Fernsehkonsum leicht. Insbesondere bei den 14- bis 49-Jährigen ging im vergangenen Jahr die Nutzungsdauer von 187 auf 182 Minuten zurück.

Was machen die Menschen in der Zeit, in der das Fernsehgerät nicht läuft? Offenbar sehen immer mehr Menschen Filme und Nachrichten auf dem Laptop, dem Tablet oder Smartphone an. Die Zahl steigt. Mittlerweile verbringen laut der ARD/ZDF-Onlinestudie 2016 die Deutschen täglich 2:08 Stunden online. 20 Minuten mehr als im Vorjahr.

Wenn wir die Kommunikation von der Summe der Internettätigkeiten abziehen, kommen wir auf 50 Minuten täglichen Konsums vorgefertigter Dateien. Zusammen mit den 228 Minuten des Fernsehkonsums macht das 278 Minuten. Der Durchschnittsbürger hörte in Jahr 2015 durchschnittlich 173 Minuten Radio, las 23 Minuten Tages- und Wochenzeitungen, 19 Minuten Bücher, 6 Minuten Zeitschriften, hörte 24 Minuten Musikkonserven. Das sind, wenn ich vom Zeitaufwand für das Radiohören absehe, insgesamt 350

Minuten, also 5 Stunden 50 Minuten. Das ist der Mediumkonsum der Durchschnittsbürgerin und Durchschnittsbürgers. Noch 1977 kam durchschnittlich jeder Mensch in der Republik auf 126 Minuten TV, hörte 95 Minuten Radio, las 27 Minuten Zeitung und nahm sich jeweils 11 Minuten Zeit für Bücher, Zeitschriften, bzw. Musikkonserven. Vor 40 Jahren kam man also ohne Radio auf 186 Minuten Medienkonsum, das sind 3 Stunden und sechs Minuten. Das ist knapp die Hälfte des heutigen Zeitaufwands.

Aber diese Zeit ist im Verhältnis zu 1977 nicht durch höhere Arbeitszeit verbraucht worden. Zwar nahm die durchschnittliche geleistete Wochenarbeitszeit je Beschäftigten ab. Sie sank zwischen 1992 und 2012 um gut 2,5 Stunden oder 6,8 Prozent von 38,1 auf 35,5 Stunden.

Der Rückgang der durchschnittlichen Arbeitszeit ist aber vor allem auf die annähernd verdoppelte Teilzeitquote (Anstieg von 14,3 auf 27 Prozent) zurückzuführen; zudem sank die durchschnittliche Arbeitszeit der Teilzeitbeschäftigten von 20 auf 18,2 Stunden.

Mittlerweile arbeitet der Vollzeitbeschäftigte 43,5 Stunden pro Woche und damit 4,8 Stunden länger als Tarif (37,7 Stunden). 1977 belief sich die tarifliche Ar-

beitszeit auf 40 Stunden – sie wurde aber auch eingehalten. Am Ende kommt heraus, dass dem Vollbeschäftigten 2017 von den 168 Stunden einer Woche 25 Stunden verbleiben, in denen er nicht mit Medienkonsum, Schlafen, Arbeiten und dem Weg dorthin beschäftigt ist. 1977 waren das noch 47 Stunden.

Klaus

Über Kunst und Kultur von Walter Stehling

Teil 2

Im Kapitalismus gelang die Plünderung der Volkskultur und die Ausbeutung von Kunst und Kultur generell ganz besonders gut. Die ursprüngliche Kreativität des Volkes, jahrhundertlang schwer beherrschbar, wird in steigendem Maß dem Volk als konsumierbare Ware, entfremdet, vorgesetzt. Erlebbar und oft spontane Gemeinsamkeit wird ersetzt durch niveaulose Massen- und Hochglanzformate, sowie -events, für die das Volk als Kunde zu zahlen hat. So wird aus Kunst, und der sie einbettenden Kultur, eine der Verwertungslogik untergeordnete Nebensächlichlichkeit gemacht, mit dem Ziel der ganzheitlichen, also auch kulturellen Hegemonie über die Menschen. Aus dem höheren Strang wird Mainstream, aus den Resten Nischenkunst oder Underground. Politisch werden zudem die verschiedenen Zweige der Kultur immer wieder gegeneinander ausgespielt.

Der Künstler, als ein aussenvorstehendes Befindlichkeitssubjekt, wird sich stets

**Unser nächster Gruppenabend:
3. Dienstag im Monat, 19:30 Uhr
Freidenkerzentrum Bayenstraße 11**

Schau doch mal vorbei!

recht willig diesen Zwängen beugen, denn er will ja, von seiner Wichtigkeit überzeugt, zu den Auserwählten gehören, die selbstverliebt auf dem Kunstmarkt Erfolge feiern können.

Wieland Herzfelde: "Indem Maße, indem sich die Klassengegensätze verschärfen, wird die offizielle Kunst der Bourgeoisie aber immer wirklichkeitsfremder und -feindlicher, aristokratisch, unverständlich." Die allgemeine und im besonderen die Frustration, der diesem diktatorischen Markt unterworfenen Künstler, wächst. Zudem werden sie von der entbildeten Masse als nicht vertrauenswürdig, ja überflüssig angesehen- es sei denn, es handelt sich um vom Massenpublikum als Stars verehrte Wirtschaftsfaktoren.

Die Bedingungen dafür liegen aber heute weder bei ihm, noch wirklich bei seinem Publikum.

In einer Welt von finanzmarkt- und medienpolitisch gesteuerten Einzellern ist das Künstlerische auch einzig und allein dem monetären Verwertungszwang unterworfen, Punkt.(wird fortgesetzt)Im Kapitalismus gelang die Plünderung der Volkskultur und die Ausbeutung von Kunst und Kultur generell ganz besonders gut. Die ursprüngliche Kreativität des Volkes, jahrhundertlang schwer beherrschbar, wird in steigendem Maß dem Volk als konsumierbare Ware, entfremdet, vorge setzt. Erlebbar und oft spontane Gemeinsamkeit wird ersetzt durch niveaulose Massen- und Hochglanzformate, sowie -events, für die das Volk als Kunde zu zahlen hat. So wird aus Kunst, und der sie

einbettenden Kultur, eine der Verwertungslogik untergeordnete Nebensächlichkeit gemacht, mit dem Ziel der ganzheitlichen, also auch kulturellen Hegemonie über die Menschen. Aus dem höheren Strang wird Mainstream, aus den Resten Nischenkunst oder Underground. Politisch werden zudem die verschiedenen Zweige der Kultur immer wieder gegeneinander ausgespielt.

Der Künstler, als ein aussenvorstehendes Befindlichkeitssubjekt, wird sich stets recht willig diesen Zwängen beugen, denn er will ja, von seiner Wichtigkeit überzeugt, zu den Auserwählten gehören, die selbstverliebt auf dem Kunstmarkt Erfolge feiern können.

Wieland Herzfelde: "Indem Maße, indem sich die Klassengegensätze verschärfen, wird die offizielle Kunst der Bourgeoisie aber immer wirklichkeitsfremder und -feindlicher, aristokratisch, unverständlich." Die allgemeine und im besonderen die Frustration, der diesem diktatorischen Markt unterworfenen Künstler, wächst. Zudem werden sie von der entbildeten Masse als nicht vertrauenswürdig, ja überflüssig angesehen- es sei denn, es handelt sich um vom Massenpublikum als Stars verehrte Wirtschaftsfaktoren.

Die Bedingungen dafür liegen aber heute

Impressum:

Herausgeber:

Gruppenvorstand der DKP Köln-Innenstadt

Eigendruck

Kontakt:

vorstand@dkp-koeln.de

V.i.S.d.P.: Klaus Stein,

Bayenstraße 11, 50678 Köln

weder bei ihm, noch wirklich bei seinem Publikum.

In einer Welt von finanzmarkt- und medienpolitisch gesteuerten Einzellern ist das Künstlerische auch einzig und allein dem monetären Verwertungszwang unterworfen, Punkt.(wird fortgesetzt)

Was sagt der Untersuchungsausschuss NSU zum Anschlag in der Kölner Probsteigasse?

Den terroristischen Neonazis vom NSU werden etliche Anschläge in NRW zugeordnet – allerdings erst, nachdem die Gruppe im November 2011 aufgefliegen war. Offenkundig hatte es bei den Ermittlungen eklatante Versäumnisse gegeben. Als bekannt wurde, dass der Verfassungsschutz (VS) Akten vernichtet hatte, musste dem Verdacht nachge-

gangen werden, ob und wie Vertrauensleute und Spitzel des VS an den Morden beteiligt waren.

Bundestag und Landtage führten Untersuchungen durch. Auch der NRW-Landtag richtete am 4. November 2014 einen

Untersuchungsausschuss zum Komplex NSU ein. Im einzelnen ging es um die Ermittlungen zu den Anschlägen vom 19. Januar 2001 in der Kölner Probsteigasse, vom 9. Juni 2004 in der Keupstraße, um Anschläge und Polizistenmorde in Dortmund sowie den Anschlag am S-Bahnhof Düsseldorf-Wehrhahn.

Der Schlussbericht liegt nun seit dem 31.

März vor. Umfang 1150 Seiten. Am 6. April erläuterte ihn der Vorsitzende Sven Wolf im Landtag.

Was sagt der Untersuchungsausschuss NSU zum Anschlag in der Kölner Probsteigasse? In den Tagen vor Weihnachten 2000 hatte ein junger Mann im Lebensmittelladen der Familie M., die aus dem Iran stammt, einen geflochtenen Korb mit einer weihnachtlichen Stollendose hinterlassen. Der Korb wurde in einem Hinterzimmer abgelegt, wo die 19-jährige Tochter des Inhabers am 19. Januar 2001 den Deckel der Stollendose anhub. Die folgende Explosion verursachte hochgradige Verbrennungen in Gesicht und rechter Hand sowie Schnittverletzungen am Oberkörper und beiden Beinen. Massive Schäden entstanden im Laden, an

Gebäudeteilen und im Innenhof.

Bei den Ermittlungen der Polizei wurde ein rassistisches Motiv nicht in Erwägung gezogen. Im Winter 1997/98 hatte es aber drei ähnliche Anschläge im Kölner Norden gegeben. Auch

hier blieben die Hinweise auf rechtsradikale Täter unbeachtet. Schon im Februar 2012 musste die damalige Leiterin der NRW-Verfassungsschutzes Mathilde Koller bekennen, dass das erstellte Phantombild des Täters den Terroristen Böhnhardt und Mundlos gar nicht, dafür aber einem V-Mann des Verfassungsschutzes, Johann H. frappierend ähnelte. Gegen Johann H.,



der sich seit 1989 im Auftrag des Verfassungsschutzes in der Kölner Naziszene tummelte, ist nie ermittelt worden. Er wurde nie auch nur verhört. Aber Sven Wolf am 6. April: Der Ausschuss sei gemeinsam zur Überzeugung gekommen: er war es nicht. Wer es war, das könne er nicht sagen.

Ausführlicher: <https://dkp-koeln.de/index.php/polueb/498-behoerden-und-nsu>

Klaus

Das Weißbuch der Bundeswehr und die „Konzeption Zivile Verteidigung“

Regierung rüstet zum Krieg

215,5 Billionen Dollar - sind 215 500 Milliarden Dollar. So hoch sind die Schulden der Weltwirtschaft. Das geht aus einer Studie des Institutes of International Finance (IIF), des Weltverbands der Banken, hervor, von der die Frankfurter Allgemeine am 7. April berichtete. Es sind 325 Prozent, mehr als das Dreifache, der jährlichen Wirtschaftsleistung. Dieser Schuldenberg wird aber nicht abgetragen, er wächst. Vor zehn Jahren betrug die Summe der Schulden noch 144 Billionen Dollar. Was passiert, wenn die Kredite fällig werden? Zum Normalbürger kommt der Gerichtsvollzieher, aber Banken werden gerettet. So vermehren sich die Schulden. Der Börsencrash, also die plötzliche Entwertung riesiger Vermögen wird immer wahrscheinlicher. Schuldenschnitte wären sinnvoll, sind aber unter den Bedingungen imperialistischer Konkurrenz unwahrscheinlich.

Krieg ist die wahrscheinlichste, weil kapi-

talismusverträglichste Form der anstehenden Kapitalvernichtung. Erst recht, seit Donald Trump an der Macht ist.

Aber auch die Bundesregierung bereitet uns auf Krieg vor. Im Juli 2016 entwarf sie mit dem Weißbuch der Bundeswehr ein Szenario hybrider Kriege, deren aggressive und offensive Zielsetzungen erst in der Gesamtschau der Elemente zu erkennen seien (Weißbuch, S. 38). Die Verwischung der Grenze zwischen Krieg und Frieden verlange die Militarisierung des Alltags, seine Unterordnung unter militärische Ziele. Kritische Infrastrukturen seien zu schützen, Verwundbarkeiten im Energiesektor abzubauen. Die materielle Infrastruktur von Staat und Wirtschaft sei ebenso Angriffsziel wie die öffentliche Meinung, die vielfach Versuchen externer Einflussnahme ausgesetzt werde (S. 60). Die Politik habe sich unterzuordnen: „der Abwehr von hybriden Bedrohungen habe die effektive Vernetzung relevanter Politikbereiche zu dienen“ (S. 39)

Und im vergangenen August ergänzte Innenminister De Maizière das Weißbuch mit der „Konzeption Zivile Verteidigung“ (KZV). Die Kölnische Rundschau (23.8.16) schlagzeilte: „Bund bereitet Bevölkerung auf den Kriegsfall vor“. Die KZV vervollständigt in der Tat das Szenario umfassender Bedrohung. Das Zivilleben sei auf die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, auf „Konfliktführung mit terroristischen Mitteln“, auf Angriffe im Cyberraum vorzubereiten.

Paula Pawlik



DKP
Deutsche Kommunistische Partei
Kreis Köln

Bei jedem Wetter
in und vor der Halle

**Kölsch vom Fass
Kaffee & Kuchen
Deftiges vom Grill
Tombola**



**Erich Schaffner
singt**

ОКТЯБРЯ



↳ Bahnhofsstele
Am Faulbach mit der 150
1 = Tankstelle



Lenin, Majakowski und ich

Lieder, Gedichte, Texte und Szenisches von Becher, Brecht, Lenin, Majakowski, Weinert & anderen...

Am Akkordeon: Beate Jatzkowski

Rote Maifeier 2017
Samstag, 29. April

Halle-am-Rhein
Am Faulbach
Köln-Mülheim

15:00 - 21:00 Uhr

Eintritt frei!